11/2019

ANDREAS LÄMMELS

BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

die Sitzungszeit des Deutschen Bundestages hat mit der Einbringung des Haushaltsplanes 2020 wieder begonnen. Die finanziellen Verhältnisse in Deutschland sind noch geordnet, auch wenn die Unsicherheiten wachsen.

In der EU entsteht derweil langsam Klarheit, wer künftig Mitglied in der Kommission sein soll. Mal abgesehen von der hohen Anzahl der Kommissare—immerhin 27—ist man schon erstaunt, sieht man sich die geplanten Amtsbezeichnungen für die Personen dazu genauer an. Da soll es künftig einen Kommissar für „Wirtschaft im Dienste der Menschen“ geben oder einen für den „Grünen Deal“. Auch eine Dame für Werte und Transparenz ist vorgesehen und selbst für „Europäische Identität“ soll ein Kommissar berufen werden.

Da reibt man sich schon etwas die Augen. Wollte die neue Kommission doch für mehr Transparenz und Klarheit sorgen. Die Menschen in der EU sollten eigentlich besser verstehen, was diese neue Kommission leisten soll. Ich blicke da nicht so richtig durch. Gegen einen Kandidaten laufen staatsanwaltliche Ermittlung, eine Kandidatin musste im Heimatland schon wegen Amtsmissbrauch zurücktreten und ein weitere Kandidat soll die Polizei unter Druck gesetzt haben, um für seinen Sohn ein Bußgeld zu verhindern. Ist das denn wirklich ein neuer Start in Brüssel? Ich habe da meine Zweifel.

Ich wünsche Ihnen trotzdem ein schönes Wochenende.

Ihr

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020). Der Kabinettbeschluss sieht vor, dass der Bund wie schon seit 2014 keine neuen Schulden aufnimmt. Spätestens 2020 wird auch erstmals seit 2002 die Schuldenstandgrenze des Maastrichter Vertrags von 60 % des Bruttoinlandprodukts unterschritten. Die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag kann daher verstärkt fortgesetzt werden.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Das BMI verfügt im Regierungsentwurf 2020 über einen Ausgaberahmen von 15,3 Mrd. Euro. Davon entfällt auf den Bereich innere Sicherheit mit 6 Mrd. Euro mehr als ein Drittel. Darin sind Mittel für eine weitere Tranche der im Koalitionsvertrag vereinbarten 7.500 zusätzlichen Stellen für Sicherheitsbehörden des Bundes enthalten. Das Innenministerium wird zudem ermächtigt, im Haushaltsjahr 2020, über die bisherigen Sicherheitspakete hinaus 1.000 zusätzliche Anwärter bei der Bundespolizei einzustellen. Im Baubereich steigt der Ansatz für das Wohngeld gegenüber dem bisherigen Finanzplan allein im Jahr 2020 um 115 Mio. Euro auf 600 Mio. Euro. Für das Baukindergeld sind im kommenden Jahr 861 Mio. Euro eingeplant.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Bundesregierung sieht für Arbeit und Soziales rund 148,6 Mrd. Euro vor. Das Budget wird damit um 2,3 % erhöht. Den größten Ausgabebereich stellen die Leistungen an die Rentenversicherung dar. Diese überschreiten 2020 erstmals die 100-Milliarden-Euro-Marke. Die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende steigen um etwa 0,1 Mrd. Euro gegenüber dem Jahr 2019 an. Der Verwaltungskostentitel zur Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende wird 2020 auf dem 2019 stark erhöhten Niveau fortgeführt.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Gegenüber 2019 ist ein Anstieg der Ausgaben um 2,0 auf knapp 29,9 Mrd. Euro vorgesehen. Dabei steigen allein die klassischen Verkehrsinvestitionen 2020 um über 770 Mio. Euro auf 15,3 Mrd. Euro. Ein Großteil der Etatsteigerung kommt dem Schienenbereich zugute, der als klimafreundlicher

© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Verkehrsträger weiter gestärkt wird. Für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III, die der Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes dient, stellt der Bund im Zeitraum 2020 bis 2029 als Infrastrukturbeitrag insgesamt rund 51,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Der Ausgaberahmen wächst gegenüber dem Soll 2019 um 338 Mio. Euro auf rund 2,6 Mrd. Euro auf. Davon stehen 467 Mio. Euro für den Schwerpunkt der internationalen Klimaschutzinitiative zur Verfügung. Damit können Maßnahmen in erheblichem Umfang zur Minderung von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern finanziert werden. Im Bereich der Erhaltung der Biologischen Vielfalt und Insektenschutz wird sich der Bund stärker als bisher engagieren.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Bundesregierung erhöht erneut ihre familienpolitischen Leistungen und sieht 2020 insgesamt rund 11,8 Mrd. Euro hierfür vor. Der größte Anteil des Aufwuchses gegenüber dem geltenden Finanzplan entfällt dabei auf das Elterngeld. Für die Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Gute-Kita-Gesetz) stellt der Bund den Ländern 2020 weitere 993 Mio. Euro über den Finanzausgleich zusätzlich zur Verfügung. Außerdem ist für ein geplantes Sondervermögen „Ausbau ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ Vorsorge getroffen.

BUNDESHAUSHALT 2020

Nach der Sommerpause startete das Parlament wie gewohnt mit den Beratungen für den Haushalt, der sogenannten **Haushaltswoche**. Dafür hatte die Bundesregierung den Entwurf bereits im Juli vorgelegt. **Der Bund soll im kommenden Jahr 359,8 Milliarden Euro ausgeben können.** Das sind 13,5 Milliarden Euro mehr als im letzten Haushaltsjahr. Die Steuereinahmen sind demnach gestiegen. Dem gegenüber stehen Einnahmen in gleicher Höhe. Die „schwarze Null“ steht also nach wie vor, eine Neuverschuldung wird es auch für 2020 nicht geben. Jedoch ziehen graue Wolken am Konjunkturhimmel auf. Die Haushaltsalge ist angespannt und die Schwarze Null keine Selbstverständlichkeit mehr.

Die **Investitionen im Bundeshaushalt** haben inzwischen einen Umfang von rund **40 Milliarden Euro** erreicht – ein Rekordwert. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für Innovation, Wachstum und Wohlstand. Schwerpunkte im aktuellen Haushalt sind die Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. So beteiligt sich der Bund beispielsweise mit mehreren Milliarden Euro am Ausbau der Kinderbetreuung und an der baulichen Sanierung der Schulen, stellt Mittel zur Digitalisierung der Schulen („Digitalpakt“) sowie für den sozialen Wohnungsbau bereit und leistet seinen finanziellen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge und Asylsuchenden.

Für das **Bundeswirtschaftsministerium** sind im Haushaltsentwurf Ausgaben von über **neun Milliarden Euro** vorgesehen. Vor allem die Ausgaben für **Forschung und Entwicklung** werden im Jahr 2019 um über **248.6 Millionen Euro** anwachsen in den nächsten Jahren bis 2023. Das gilt besonders für die Förderung des innovativen Mittelstands, aber auch die Luftfahrtforschung.

Wesentliche Kennziffern

Bundeshaushalt 2020 und Finanzplan bis 2023 in Mrd. Euro

	Soll	Regierungsentwurf 2020 und Finanzplan			
	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben	356,4	359,9	366,2	372,4	375,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+2,4	+1,0	+1,8	+1,7	+0,9
Einnahmen	356,4	359,9	366,2	372,4	375,7
davon: Steuereinnahmen	325,5	327,0	334,2	345,5	356,1
Neuverschuldung	-	-	-	-	-
Investitionen	38,9	39,8	39,8	39,8	39,8

Stand: 26. Juni 2019
© Bundesministerium der Finanzen

Die Mittel für **Digitalisierungsmaßnahmen** werden um **43 Millionen Euro** aufgestockt, darunter sind Gelder für das neue Investitionszuschussprogramm Mittelstand Digital. Darüber hinaus wird die Start-up-Szene gestärkt, indem weitere Mittel für innovative Unternehmensgründungen bereitgestellt werden. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir sichern mit den Investitionen die **Wettbewerbsfähigkeit unseren Landes** und tragen zum **Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen in Deutschland bei.**

Auch der beschlossene Kohleausstieg ist ein zentraler Pfeiler. Voraussetzung für den **Kohleausstieg** war von Anfang an, dass der damit verbundene Strukturwandel in Ost- und Westdeutschland aktiv begleitet wird. Die strukturpolitischen Maßnahmen der Ressorts werden mit **500 Mio. Euro pro Jahr** verstärkt. Mit einen Sofortprogramm des Bundes beginnen wir schon in diesem Jahr mit der Finanzierung von Maßnahmen der Länder im Umfang von 240 Mio. Euro. Insgesamt stellt der Bund allein bis 2023 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung, um den Strukturwandel in den vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen zu unterstützen.

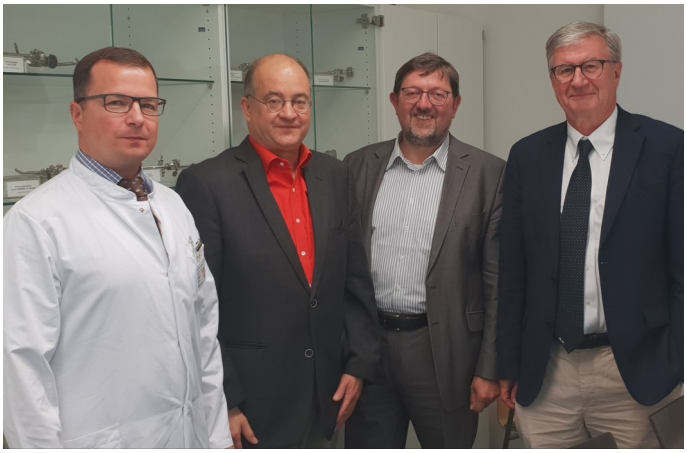
Die zweite und dritte Lesung sollen in der Sitzungswoche vom 11. bis 15. November 2019 stattfinden.

BEGEGNUNGEN

Im Rahmen meiner **Wahlkreistour** während der parlamentarischen Sommerpause habe ich auch wieder verschiedene Unternehmen besucht. Bei **Sunfire** habe ich mir den aktuellen technologischen Fortschritt bei der Herstellung von E-Fuels angesehen. Bei **Heliatek** konnte ich mir einen Eindruck von der Produktion von organischen Solarfolien verschaffen. Zwei Beiträge zur Energiewende "Made in Sachsen".

Mit Unternehmerinnen und Unternehmern kam ich auch beim **Sommertreff meines traditionellen Kartoffelsuppenstammtisches** zusammen. Ehrengast war der **Sächsische Finanzminister Dr. Matthias Haß.**

Die **PASCH-Initiative des Goethe Instituts** fördert nicht nur den Deutschunterricht an Schulen im Ausland, sondern organisiert auch regelmäßig Austauschprogramme. Beim diesjährigen Pasch-Kurs in Dresden habe ich mit Schülern aus der ganzen Welt über meine Arbeit im Deutschen Bundestag gesprochen.



Gemeinsam mit meinem Kollegen Arnold Vaatz besuchte ich das **Prostatakarzinomzentrum** des Uniklinikums Dresden, das zu den ersten Einrichtungen seiner Art in Deutschland gehört.

Das **24. Friedrichstädter Stadtteilfest** fiel beinah ins Wasser, wurde dann aber umso schöner und familiärer. Unter Planen wurde geredet, gebastelt und gegessen. Auch die Dresdner Union mit den lokalen Stadtbezirksräten etabliert sich mehr und mehr auf dem Fest. Gerade in der sich so verändernden Friedrichstadt ist das wichtig.

TERMINE

16.-21.09.2019, Kampala
Reise nach Uganda, Teilnahme am Privatsektorforum

23.09.2019, Berlin
Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

25.09.2019, Berlin
Handelspolitische Runde

28.08.2019, Dresden
Treffen mit Delegation aus Brazzaville

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin , Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943
Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www. facebook.com/laemmelmdb